

Eidgenössische Wahlen

Bauleute drängen ins Bundeshaus

Am 20. Oktober wählt die Schweiz ein neues Parlament. Um einen Sitz im Bundeshaus bewerben sich auch einige Kandidatinnen und Kandidaten aus der Bauwirtschaft. Seit den letzten Wahlen ist die Branche in Bern schwach vertreten. Der Baumeisterverband will das ändern.

Von Stefan Gyr (Text und Interviews)

Raumplanung, Beschaffungswesen, Gebäudeprogramm, Infrastrukturen und andere gesetzliche Vorschriften aller Art: Viele der Rahmenbedingungen, die das Tagesgeschäft der Bauwirtschaft bestimmen, werden von der Politik festgelegt. Doch unter der Bundeshauskuppel in Bern ist die Baubranche zurzeit kaum vertreten. Den eidgenössischen Räten gehört seit den letzten Wahlen vor vier Jahren kein einziger Bauunternehmer mehr an. Auch auf Kantons- und Gemeindeebene finden sich nur wenige Vertreter der Baubranche, die sich politisch engagieren.

Dabei hat das Baugewerbe 2018 geschätzte Werte von über 35 Milliarden Franken geschaffen, wie aus der Broschüre «Zahlen und Fakten» des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV) hervorgeht. Das entspricht rund fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts oder etwa dem, was hiesige

Banken erwirtschaften. Das Bauhauptgewerbe bietet rund 80 000 Arbeitsplätze und bildet viele Lernende aus. Und die Zahl der

«**Wir wollen aufzeigen, wie sehr die Baubranche von politischen Entscheidungen abhängt.**»

Thomas Hofstetter, Kampagnenleiter beim Baumeisterverband

Beschäftigten steigt: Im Bauhauptgewerbe wuchs sie 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 1000, im Ausbaugewerbe gar um 5000.

Am 20. Oktober stehen die nächsten Wahlen in den National- und Ständerat an. Auch mehrere Vertreterinnen und Ver-

treter der Bauwirtschaft bewerben sich um einen Sitz im Bundesparlament. Sechs Kandidatinnen und Kandidaten aus der Baubranche schildern auf den folgenden zwei Seiten ihre politischen Anliegen und äussern sich zur Digitalisierung, Energiewende und Verdichtung.

Mehrjährige Aufbauarbeit

Der SBV hat sich das Ziel gesetzt, mehr Vertreter der Bauwirtschaft für ein politisches Engagement zu gewinnen. Junge, aber auch erfahrene Bauleute sollen die Interessen der Branche in der Politik vertreten. Der Baumeisterverband hat deshalb das Projekt «Wahlen 2019» gestartet. Geplant sei eine mehrjährige Aufbauarbeit, die den politischen Einfluss der Baubranche langfristig vergrössern soll, erklärt Kampagnenleiter Thomas Hofstetter.

Dem SBV gehe es nicht nur darum, die Positionen der Bauwirtschaft im Bundeshaus zu stärken, sondern er wolle auch Politikkarrieren bereits auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern. Zunächst gehe es darum, bei den Bauleuten Interesse für die Politik zu wecken, sagt Hofstetter. In einem ersten Schritt wolle man aufzeigen, wie sehr die Branche von politischen Entscheidungen abhängt. Gleichzeitig werde gemeinsam mit den Sektionen nach Wegen gesucht, wie der Politnachwuchs aus den eigenen Reihen gezielt unterstützt werden kann.

Bei den bevorstehenden Parlamentswahlen wird der Baumeisterverband laut Hofstetter einige Kandidaten begleiten. Der SBV bietet ihnen zum Beispiel auf der eigenen Website Gelegenheit, sich zu bestimmten Themen wie dem Beschaffungswesen zu positionieren. Der Verband rechnet sich gute Chancen aus, dass die Bauwirtschaft nach den Wahlen wieder besser im Bundeshaus vertreten ist. Hofstetter: «Wir haben zwei, drei heisse Eisen im Feuer.» ■



Blick in den Nationalratssaal: Viele Rahmenbedingungen für die Schweizer Bauwirtschaft werden von der Politik bestimmt.



Christoph Bärlocher, CVP, SG, neu, CEO und VR-Präsident Baugeschäft Bärlocher AG.



Josef Wiederkehr, CVP, ZH, neu, VR-Präsident Josef Wiederkehr AG.



Christian Wasserfallen, FDP, BE, bisher, VR-Präsident Walo Bertschinger AG Bern.

«Gegen Fachkräftemangel»

Was wollen Sie im Bundeshaus für die Bauwirtschaft erreichen?

Christoph Bärlocher: Es gibt viele Herausforderungen, die ich anpacken möchte: die unsägliche Bürokratie, welche uns Unternehmern aufgebürdet wird, ein optimiertes Einspracheverfahren, welches visionäre Projekte nicht verhindert, oder der Kampf gegen den Fachkräftemangel.

Welchen politischen Schwerpunktthemen möchten Sie sich in Bern widmen?

Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist die Grundlage unserer Gesellschaft. Hierzu braucht es die notwendigen Investitionen. Gleichzeitig sehe ich Bildung als unsere grösste Ressource, entsprechend Sorge tragen müssen wir zu unserem Bildungssystem. Als Unternehmer und dreifacher Familienvater ist es mir zudem ein grosses Anliegen, dass sich Beruf und Familie künftig noch besser miteinander vereinbaren lassen.

Sehen Sie in der Digitalisierung eine Chance oder eine Gefahr für die Bauwirtschaft?

Die Digitalisierung ist für die Bauwirtschaft eine grosse Chance. Sie ermöglicht es, Prozesse zu vereinfachen, und unterstützt somit die Mitarbeitenden bei ihrer Arbeit. Dabei ist es jedoch wichtig, dass im Rahmen der Mitarbeiterentwicklung die ganze Baustellen-Equipe auf diesen Weg der Digitalisierung mitgenommen wird.

Welchen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz können Sie als Vertreter der Bauwirtschaft in der Politik leisten?

Auf den Gebäudepark entfallen 45 Prozent des Energiebedarfs in der Schweiz. Hier setzt die Baubranche an. Mit gezielten Sanierungen und Ersatzneubauten leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und schaffen es zugleich, Quartiere zu verdichten, ohne dass wertvolle Erholungsräume verloren gehen.

Wie kann die Politik dazu beitragen, dass die Verdichtung breitere Akzeptanz in der Bevölkerung findet?

Die Politik muss aufklären, informieren und Ängste abbauen. Neue Wohnbauiden wie Generationenhäuser zeigen eindrücklich, wie aus einem Quadratmeter bisheriger Wohnfläche drei Quadratmeter werden und darüber hinaus soziale Mehrwerte geschaffen werden.

«Verfahren vereinfachen»

Was wollen Sie im Bundeshaus für die Bauwirtschaft erreichen?

Josef Wiederkehr: Wir alle regen uns immer wieder über unnötige Vorschriften oder praxisfremde Regelungen auf. Trotzdem leben wir in einem wunderbaren Land und haben sehr viele Mitbestimmungsmöglichkeiten. Aufgrund meiner jahrzehntelangen politischen Erfahrung auf kommunaler und kantonalen Ebene verfüge ich über einen vollen Rucksack, um mich auch in Bundesbern kompetent einbringen zu können.

Welchen politischen Schwerpunktthemen möchten Sie sich in Bern widmen?

Wichtig ist mir, dass die Rahmenbedingungen für das Gewerbe weiter verbessert werden. Im Kantonsrat konnte ich mit einer Motion erwirken, dass der Kanton die Rechnungen der Unternehmer rascher bezahlen muss. Aber auch die Stärkung der dualen Berufsbildung liegt mir sehr am Herzen.

Sehen Sie in der Digitalisierung eine Chance oder eine Gefahr für die Bauwirtschaft?

Die Digitalisierung bringt Veränderungen mit sich, auch für die Bauwirtschaft. Veränderungen bergen Risiken, eröffnen aber auch Chancen. Ich bin überzeugt, dass wir diese Chancen nutzen werden und in der Lage sind, sorgsam mit den Risiken umzugehen.

Welchen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz können Sie als Vertreter der Bauwirtschaft in der Politik leisten?

Die Bauwirtschaft und die Hauseigentümer haben in den letzten Jahren sehr grosse Leistungen im Bereich des Klimaschutzes erbracht. Wir müssen dafür sorgen, dass Investitionen in den Gebäudeunterhalt weiterhin attraktiv sind. Wir müssen die Verfahren vereinfachen und auch auf steuerlicher Ebene dafür sorgen, dass das Ergreifen von energetischen Massnahmen attraktiv ist.

Wie kann die Politik dazu beitragen, dass die Verdichtung breitere Akzeptanz in der Bevölkerung findet?

Heute wird es immer schwieriger, überhaupt noch grosse Projekte oder Vorhaben in urbanen Gebieten zu realisieren. Das gesetzgeberische Korsett ist dermassen eng und teilweise widersprüchlich. Ich will mich in Bern dafür einsetzen, dass der unternehmerische und gestalterische Spielraum wieder grösser wird. Zielkonflikte dürfen nicht zu Stillstand und Blockaden führen – stattdessen sollen Güterabwägungen ermöglicht werden.

«Bürokratie reduzieren»

Was wollen Sie im Bundeshaus für die Bauwirtschaft erreichen?

Christian Wasserfallen: Für mich stehen drei «B» im Vordergrund: Bürokratie reduzieren, Belastungen durch zunehmende Vorschriften, Steuern und Abgaben verhindern sowie die Bildung stärken. Gerade die Verfügbarkeit von Fachkräften wird in der Bauindustrie eine grosse Herausforderung.

Welchen politischen Schwerpunktthemen möchten Sie sich in Bern widmen?

Meine zentralen Punkte sind: Erstens Einsatz für eine solide Finanzierung von Bildung, Forschung und Innovation. Zweitens Infrastrukturen wie Schiene, Strasse und Telekommunikation ausbauen und die Werte erhalten. Drittens eine liberale Energie- und Klimapolitik, wo Ziele wie Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit bei allen Massnahmen im Zentrum stehen und nicht alle regulatorischen Dämme brechen.

Sehen Sie in der Digitalisierung eine Chance oder eine Gefahr für die Bauwirtschaft?

Die Digitalisierung ist eine Chance, wenn neue Prozesse wie BIM klare Mehrwerte bringen. Hoch- und Tiefbau haben hier zum Beispiel andere Ansprüche. Digitalisieren um des Digitalisierens willen ist nicht sinnvoll.

Welchen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz können Sie als Vertreter der Bauwirtschaft in der Politik leisten?

Energiewende ist das falsche Wort, weil wir nicht alles um 180 Grad umkehren sollten. Im Strombereich ist es wichtig, dass endlich grosse Potenziale wie die Wasserkraft-Projekte realisiert statt verhindert werden. Beim Klimaschutz sollten wir immer die Frage stellen: Wo kann ich für den eingesetzten Franken am meisten CO₂ sparen? Das kann hier oder auch im Ausland sein. Die Schweiz hat viel gemacht und kann in Industrie, Gebäudebereich und Verkehr weitere Schritte gehen, ohne aber Regulations- und Abgabefluten in Gang zu setzen.

Wie kann die Politik dazu beitragen, dass die Verdichtung breitere Akzeptanz in der Bevölkerung findet?

Verdichten heisst auch Planungen neu denken und Bauvorschriften abbauen. Wenn es um Verdichtung geht, sollte man auf bestehenden Flächen höher, tiefer und breiter bauen können. Dazu braucht es flexiblere Baugesetze und eine Raumplanung, welche das zulässt.



Barbara Stucki, GLP, BE, neu,
Leiterin Administration Marti AG Bern.



Franco Albanese, SVP, ZH, neu, Mitglied
GL und VR Albanese Baumaterialien AG.



Sandra Sollberger, SVP, BL, bisher,
Mitglied GL und VR Sollberger Maler AG.

«Lösungsorientierter werden»

Was wollen Sie im Bundeshaus für die Bauwirtschaft erreichen?

Barbara Stucki: Ich will mich im Bundeshaus ganz allgemein für die Wirtschaft – unseren Wohlstandsgaranten – einsetzen. In der Schweiz ist das Unternehmertum eng reguliert, gerade auch im Baubereich. Ich stelle nicht sämtliche Vorschriften infrage, sehr wohl aber die daraus resultierende Bürokratie. Diese bindet in den Unternehmen und in der Verwaltung eine Unmenge an Ressourcen.

Welchen politischen Schwerpunktthemen möchten Sie sich in Bern widmen?

Als Grünliberale politisiere ich im Spannungsfeld Wirtschaft–Gesellschaft–Umwelt. Diese Schwerpunkte stehen in direkter Wechselwirkung zueinander. Ich bin beispielsweise überzeugt, dass es für die Wirtschaft langfristig gewinnbringend ist, die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf zu erleichtern. Und ein klares Bekenntnis zum Umweltschutz ist nicht gleichbedeutend mit raumplanerischem Stillstand. Die Schweizer Politik muss in allen Bereichen lösungsorientierter werden.

Sehen Sie in der Digitalisierung eine Chance oder eine Gefahr für die Bauwirtschaft?

Ganz klar eine Chance – und zwar zur Effizienzsteigerung und Transparenz im gesamten Bauprozess. Gerade in der Digitalisierung sehe ich die Chance, Bürokratie abzubauen und Formalitäten einfacher und effizienter zu erledigen.

Welchen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz können Sie als Vertreterin der Bauwirtschaft in der Politik leisten?

Die Gebäude gehören zu den grössten CO₂-Produzenten. Neue Gebäude sollen künftig die von ihnen benötigte Energie selbst produzieren – und zwar erneuerbar. Die Sanierungsrate ist in der Schweiz viel zu tief. Die Politik soll hier Anreize schaffen, dass nicht energieeffiziente Gebäude rasch saniert oder zurückgebaut und durch moderne Neubauten ersetzt werden.

Wie kann die Politik dazu beitragen, dass die Verdichtung breitere Akzeptanz in der Bevölkerung findet?

Moderne Stadtquartiere zeigen, dass mit durchdachter Planung von Wohneinheiten und Aussenräumen auch in verdichteten Quartieren kein Engegefühl aufkommt. Die Politik kann zu einer breiteren Akzeptanz beitragen, indem sie als Bauherrin solche Beispielprojekte realisiert.

«Werkplatz Schweiz stärken»

Was wollen Sie im Bundeshaus für die Bauwirtschaft erreichen?

Franco Albanese: Ich will für unsere unternehmerischen Freiheiten anpacken, wenn es zum Beispiel um die Vermeidung von missbräuchlichen Einsprachen und Rekursen oder den Abbau von überflüssigen Bauhürden geht. Ich will aber auch eine Abwendung vom Qualitätsverfall des Schweizer Handwerks und deshalb eine höhere Verlässlichkeit des Preis-Leistungs-Verhältnisses als honorierbares Zuschlagskriterium bei öffentlichen Vergaben.

Welchen politischen Schwerpunktthemen möchten Sie sich in Bern widmen?

Es ist essenziell, dass der Staat unseren Betrieben nicht immer mehr regulatorische Hindernisse und bürokratische Lasten aufzwingt. Dabei liegen mir die Stärkung und der Erhalt des Werkplatzes Schweiz mit seinen attraktiven Ausbildungsmöglichkeiten als unerlässliche Investition in die Zukunft besonders am Herzen.

Sehen Sie in der Digitalisierung eine Chance oder eine Gefahr für die Bauwirtschaft?

Im Zusammenhang mit der Digitalisierung ist ein bedachter Umgang mit neuen Technologien zu favorisieren, um sich gegen neue Gefahrenquellen von Beginn an abzusichern. Wenn man dies beachtet, kann man von vielen neuen Chancen profitieren.

Welchen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz können Sie als Vertreter der Bauwirtschaft in der Politik leisten?

Indem das politische Augenmerk auf die marktwirtschaftliche Innovationskraft gelenkt wird und die erforderlichen Ressourcen für Forschung und Entwicklung bereitgestellt werden. Deshalb brauchen wir eine kompetitive Finanzpolitik und einen investitionsfreundlichen Eigentumsschutz. Ich werde demnach für positive Anreize, aber gegen Verbote, sinnlose Regulierungen und höhere Gebühren kämpfen.

Wie kann die Politik dazu beitragen, dass die Verdichtung breitere Akzeptanz in der Bevölkerung findet?

Ich werde mich für die Deregulierung und für die notwendigen Rahmenbedingungen einer marktkonformen Umsetzung der inneren Verdichtung engagieren. Die Bauwirtschaft kann auch hier ihre Innovationskraft einsetzen und für architektonisch wie bautechnologisch attraktive Lösungen für akzeptable Verdichtungsformen sorgen.

«Weniger Regulierungen»

Was wollen Sie im Bundeshaus für die Bauwirtschaft erreichen?

Sandra Sollberger: Ich werde mich wie in den letzten vier Jahren für weniger Bürokratie und weniger Regulierungen für die Bauwirtschaft einsetzen. Das ist generell mein wirtschaftspolitisches Anliegen. Wir brauchen wieder mehr unternehmerischen und eigenverantwortlichen Freiraum.

Welchen politischen Schwerpunktthemen möchten Sie sich in Bern widmen?

Wirtschaftspolitisch werde ich mich um die Umsetzung meines von National- und Ständerat überwiesenen Vorstosses zur Deregulierung und Entlastung der KMU widmen. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Verkehrspolitik sein. Unser Gewerbe und auch die Bauwirtschaft sind auf eine gut ausgebaute Strasseninfrastruktur angewiesen. Hier gilt es die Vernachlässigung der letzten Jahre wieder wettzumachen.

Sehen Sie in der Digitalisierung eine Chance oder eine Gefahr für die Bauwirtschaft?

Wie alle Bereiche birgt die Digitalisierung Chancen und Risiken. Wir dürfen nicht blind sein gegenüber Cyberrisiken. Andererseits kann die Digitalisierung die unternehmerische Effizienz steigern, und es werden neue Geschäftsmodelle möglich. Diese Chancen müssen wir packen.

Welchen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz können Sie als Vertreter der Bauwirtschaft in der Politik leisten?

Ich setze mich für eine durchdachte und differenzierte Umweltpolitik ein. In meinem Malergeschäft gehe ich hier eigenverantwortlich als Vorbild voran. Es braucht eine praxisorientierte und dafür weniger ideologisch ausgerichtete Klimapolitik.

Wie kann die Politik dazu beitragen, dass die Verdichtung breitere Akzeptanz in der Bevölkerung findet?

Die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden. Oft wird Verdichtung mit kaum mehr verständlichen Regulierungen und bürokratischen Hürden verhindert. Die Bevölkerung wäre offen, aber die Verwaltung und Verbände verhindern zu viel.